

Agrarheute 21.05.2026

Schock für Landwirte: Pfeifer & Langen streicht Rübenanbauverträge

Wegen schlechter Zuckerpreise beendet Pfeifer & Langen mit vielen Landwirten die Rübenanbauverträge. Dieses Werk ist betroffen.

Der **Zuckerhersteller Pfeifer & Langen** will die Verarbeitung von Zuckerrüben im kommenden Jahr deutlich zurückfahren. Besonders betroffen ist das **Werk Lage**. Dort bauen Landwirte aus Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen seit vielen Jahren Rüben an.

Nun sorgt eine Entscheidung aus Köln für massive Verunsicherung: Mehr als 80 Betriebe mit zusammen rund **1.200 Hektar Rübenfläche** erhalten kein neues Vertragsangebot mehr. Für viele Landwirte kam die Nachricht überraschend. Die betroffenen Betriebe haben ihre Zuckerrüben in diesem Frühjahr letztmals ausgesät – ohne zu wissen, dass ihre **Lieferbeziehung endet**.

Pfeifer & Langen begründet Schritt mit Wirtschaftlichkeit

„Ich kann den Schritt von Pfeifer & Langen, den Anbau zu reduzieren, wirtschaftlich verstehen“, sagt Rübenanbauer Björn S., der anonym bleiben möchte. „Aber einen so **krassen Einschnitt** und so überfallartig kommuniziert, das hätte ich nicht erwartet“, sagt der Landwirt.

In einer **E-Mail** vom 19. Mai 2026, die der Redaktion *agrarheute* vorliegt, erklärt das Unternehmen, die Fortführung der Lieferbeziehung sei „für Pfeifer & Langen wirtschaftlich nicht sinnvoll möglich“.

Betroffen sind vor allem Landwirte in den **Randregionen** des Liefergebiets rund um das Werk Lage – von der Samtgemeinde Artland im Norden über Soest bis nach Harsum im Osten. Viele der Flächen liegen mehr als 100 Kilometer vom Werk entfernt.

Für zahlreiche Betriebe endet damit eine langjährige Zusammenarbeit abrupt. Gleichzeitig geraten bestehende **Fruchtfolgen** unter Druck. Die Landwirte müssen ihre Anbauplanung neu aufstellen – ohne die Zuckerrübe, die in wirtschaftlich guten Jahren weiterhin als attraktive Hackfrucht gilt.

Kritik an der Kommunikation des Zuckerherstellers

Bereits für die laufende Saison hatte Pfeifer & Langen die Rübenfläche rund um das Werk Lage um etwa **zehn Prozent** reduziert. Im kommenden Jahr sollen weitere zehn Prozent folgen.

Kartoffel- und Rübenanbauer Robert M. aus Badbergen kritisiert vor allem den Umgang mit den Lieferanten: „Eine weitere **Flächenreduzierung für alle** Rübenlieferanten hätte ich verstanden. Auch ein über mehrere Jahre **gestaffelter Ausstieg** wäre besser einzuplanen. Aber

einzelne Lieferanten quasi über Nacht völlig rauszuwerfen, das ist **kein fairer Zug**. Man fühlt sich wie ein Spielball der Fabrik.“

Werk Lage bleibt nach Unternehmensangaben bestehen

Der **Verband der Rübenanbauer im Lippe-Weser Raum** verhandelt derzeit weiter mit Pfeifer & Langen über die künftigen Rahmenbedingungen für den Rübenanbau am Standort Lage.

Die neuen Anbaukonditionen sollen wieder über **drei Jahre** gelten und den Zeitraum von 2027 bis 2029 umfassen. Für das Jahr 2026 hatten die Rübenbauern wegen der Unsicherheiten am europäischen und internationalen Zuckermarkt lediglich Jahresverträge erhalten.

Nach Angaben des Unternehmens steht der Standort Lage selbst nicht zur Diskussion. In Köln verweist man jedoch auf die Lage am Zuckermarkt sowie auf deutlich gestiegene Kosten. Diese Entwicklungen machten eine „Anpassung der Liefergebiete“ erforderlich.

Fehlende Alternativen setzen Ackerbaubetriebe unter Druck

Auch im **Rheinland** plant Pfeifer & Langen, künftig weniger Rüben zu verarbeiten. Dort hofft das Unternehmen allerdings, die gewünschte Reduzierung über **freiwillige Einschränkungen** beim Anbau zu erreichen.

Für viele betroffene Betriebe in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen bleibt die Unsicherheit groß. Landwirt Björn S. rechnet nicht mit einer schnellen Rückkehr in den Vertragsanbau: „Wenn wir erst einmal raus sind, kriegen wir so schnell keine Rübenverträge mehr.“

Deshalb suchen viele Betriebe bereits nach **neuen Kulturen und Vermarktungswegen**. Gerade in den viehstarken Regionen Nordwestdeutschlands ist das jedoch schwierig. Hohe Pachtpreise belasten die Wirtschaftlichkeit zusätzlich, während eine Ausweitung der Tierhaltung wegen fehlender Stallbaugenehmigungen kaum möglich ist.